

Stellungnahme zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

ver.di-Betriebsgruppe Werkstatt Bremen, 16. April 2012

1. Mit wenigen großen Warnstreiks konnte die Blockade der Arbeitgeber gebrochen und eine (wenn auch kleine) Realloohnerhöhung erreicht werden. Für Auszubildende wurde eine Übernahmeregelung erzielt, die ein Fortschritt ist. Zehntausende Mitglieder wurden durch die Warnstreiks und Aktionen aktiviert, Tausende sind neu in ver.di eingetreten. Dies alles zeigt, dass sich gewerkschaftliche Aktionen lohnen.
2. Es sei ein »Tarifkompromiss mit viel Licht, aber auch Schatten«, heißt es im ver.di-Flugblatt zum Verhandlungsergebnis für die rund zwei Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Tatsächlich aber haben sich die Arbeitgeber in zentralen Fragen durchgesetzt.
3. Das gilt erstens für den Mindestbetrag, ohne den die vielen Niedrigverdiener in den Kommunen wenig von dem Abschluss haben. Der Reallohnverlust und die Preissteigerungen der vergangenen Jahre haben insbesondere die KollegInnen mit einem geringen Einkommen schwer getroffen. Deshalb haben wir einen Mindestbetrag von 200 Euro gefordert. Es wurde keine soziale Komponente erreicht. Ohne Not wurde diese grundlegende Forderung aufgegeben; die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Einkommen geht weiter auseinander. Spätestens die Weigerung der Arbeitgeber, sich auf eine Festgeldforderung einzulassen, hätte zum Streik führen müssen.
4. Zweitens haben Bund und Kommunen erfolgreich auf einer zweijährigen Laufzeit beharrt. Das ist nicht nur für die dort Beschäftigten ein Problem, weil die Lohnerhöhung im zweiten Jahr deutlich niedriger ausfällt als im ersten. Für die wenig durchsetzungsstarken Bediensteten der Länder bedeutet es, dass sie 2013 erneut isoliert in den Tarifkonflikt gehen müssen. Es ist zudem ärgerlich, dass dadurch in den Monaten vor der nächsten Bundestagswahl Ruhe an der Tariffrent herrschen wird. Dabei wäre gerade das ein hervor ragender Zeitpunkt gewesen, um weiteren Druck zu machen und mehr „rauszuholen“. Die Laufzeit von 24 Monaten ist für uns angesichts des bescheidenen Ergebnisses deshalb nicht akzeptabel.
5. Der dritte Erfolg für die Staatsvertreter ist die Urlaubsregelung. Beschäftigte, die nach 2012 ihren 40. Geburtstag feiern, verlieren einen Urlaubstag und kommen damit auf 29 Tage pro Jahr, Auszubildende gewinnen einen und kommen auf 27 Tage. Dabei hätten nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts jüngere Beschäftigte 30 Urlaubstage einklagen können. Dieser Weg, zu dessen Beschreitung ver.di bislang aufgerufen hatte, scheint nun verbaut.
Noch am 23. März war auf verdi.de zu lesen: „[...]und erst ab 40 Jahren gibt es 30 Tage Urlaub. Mit der Entscheidung des Gerichts stehen allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen ab sofort 30 Tage Urlaub zu – egal ob sie jünger sind als 30 oder nicht....“.
Uns ist bekannt, dass die Arbeitgeber drohten, die gesamten Verhandlungen platzen zu lassen und zudem noch die tarifliche Urlaubsregelung zu kündigen, wenn es hier kein Einlenken gäbe. Auf solche Drohungen und Erpressungen wäre die richtige Reaktion der Abbruch der Verhandlungen und das sofortige Einleiten der Urabstimmung gewesen. So aber akzeptiert unsere Gewerkschaft Verschlechterung für die jüngeren KollegInnen.
6. Es gibt eine tabellenwirksame Erhöhung von 6,42% - jedoch erst zum August 2013. Die reale Einkommenserhöhung beträgt in den ersten 12 Monaten 3,74% und in der zweiten Hälfte der Laufzeit 1,99%. Berücksichtigt man die prognostizierte Inflationsrate über die zwei Jahre Laufzeit von ca. 5%, liegt die erkämpfte Erhöhung nur knapp über der Inflationsrate.
Am Produktivitätszuwachs wird der öffentliche Dienst also nahezu gar nicht beteiligt. Schon gar nicht reicht die Erhöhung aus, um das Abhängen in der Vergangenheit aufzuholen.
7. Die unerwartet massive Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an den Warnstreiks und das Zurückweichen der Arbeitgeber zeigen, welches Droh- und Kampfpotential wir mit unserer Gewerkschaft haben. Dieses Potential wurde nicht ausreichend genutzt.



8. Als Rechtfertigung für den Abschluss dient nun unter anderem die angeblich mangelnde Streikfähigkeit. Es wird der Eindruck vermittelt als habe es nur die Alternative „unbefristeter Vollstreik oder Abschluss“ gegeben. Dies ist falsch.
Hätte ver.di die zuvor intern diskutierte Streikvariante angewendet (rollierende Streiks in gut organisierten Bereichen, die mit wenig Beschäftigten eine große Wirkung haben; dazu wöchentliche Streiks mit allen Betrieben, die streikfähig sind) wäre ein besseres Ergebnis möglich gewesen. Ein Vollstreik hätte zur Debatte gestanden, wenn die Arbeitgeber auch dann nichts Besseres angeboten hätten. Wir hätten die rotierenden Streikaktionen aber schon nutzen können, um viele neue Mitglieder zu gewinnen und uns in den Betrieben zu stärken.
9. Streikfähigkeit gewinnt eine Gewerkschaft nicht am grünen Tisch, sondern nur durch konkrete Aktionen. Streiken lernt man nur im Streik. Solidarität lernt man nur, wenn es nötig ist. Wenn aber immer wieder die Auseinandersetzung gescheut wird, wie sollen dann Erfahrungen – zu denen sicherlich auch mal Niederlagen gehören – gesammelt werden? Wie soll da praktisch der Zusammenhalt erprobt und gestärkt werden? Dies ist keine Frage von Theorie und Gewerkschaftsseminaren, sondern eine praktische Frage.
Langfristig ist es fatal, wenn die Gewerkschaften nicht in die Auseinandersetzung gehen und auf ein Modell der Sozialpartnerschaft setzen, das die Unternehmer schon vor Jahren beerdigt haben.
10. Ein Streik (der nicht zwingend ein unbefristeter Vollstreik hätte sein müssen) hätte uns im Organisationsaufbau massiv gestärkt. Die Kolleginnen und Kollegen fragen jetzt zu Recht: Wann sollen wir denn jemals etwas durchsetzen, wenn nicht jetzt?
Angesichts einer schwächelnden Bundesregierung mit einer sich auflösenden FDP, angesichts von Neuwahlen in mehreren Bundesländern, der Wulff-Affäre und einer öffentlichen Meinung, die selten so gut für uns war („Wenn Milliarden für die Banken da sind, dann auch für Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer“) hatten die Arbeitgeber kein Interesse an einem Streik und waren zu größeren Kompromissen bereit. Zudem laufen parallel mehrere weitere Tarifrunden anderer Branchen. Im Mai hätten wir gemeinsam mit der IG Metall eine noch größere Durchsetzungsfähigkeit gehabt. Der 1. Mai hätte zu einem ersten Höhepunkt der branchenübergreifenden Aktionen werden können.
11. Trotz der positiven Aspekte – dazu gehört vor allem die Übernahme von Auszubildenden – ist das Resultat daher kritisch zu bewerten. Die Verhandlungstaktik von Bund und Kommunen, die erst im letzten Moment ein verbessertes, aber ultimativ vorgetragenes Angebot unterbreiteten, war erfolgreich.
12. Die Tarifkommission hat nur mit knapper Mehrheit dem Tarifergebnis zugestimmt; die Kommissionsmitglieder aus Bremen-Nordniedersachsen stimmten mehrheitlich dagegen. Es gibt also auch bei den direkt an den Verhandlungen beteiligten bzw. zuständigen KollegInnen große Vorbehalte gegenüber dem Ergebnis.
13. Wir rufen deshalb auf, in der ver.di-Mitgliederbefragung den vorgelegten Tarifkompromiss abzulehnen. Stattdessen sollte die Urabstimmung eingeleitet und das zuvor intern geplante Streikkonzept vorbereitet und umgesetzt werden.
14. Wenn das jetzige Tarifergebnis in Kraft treten sollte, haben wir 24 Monate Zeit für eine breite und offene gewerkschaftsinterne Diskussion, in der wir diskutieren, wie die nächste Tarifrunde besser geführt werden kann. Wir können uns intensiv auf den nächsten Tarifkonflikt vorbereiten. Wir können eine Kampagne starten, in der die Solidarität mit den unteren Entgeltgruppen und die konsequente Durchsetzung einer monatlichen Festgelderhöhung zentrale Ziele sein können.
15. Das Gejammer der Arbeitgeber über den Abschluss zeigt, dass sie dessen Kosten durch Personalabbau und Leistungsverdichtung auf die Beschäftigten abwälzen wollen. Dagegen gilt es, den betrieblichen Widerstand in den kommenden Monaten aufzubauen.
Insbesondere wir in Bremen müssen uns gut vernetzen um uns solidarisch mit allen Dienststellen gegen weiteren Personalabbau aufzustellen. Dabei ist eine starke ver.di wichtig.

16. Mitglieder, die über das Tarifergebnis enttäuscht und frustriert sind, verstehen wir. Statt Frustration, Inaktivität oder gar Austritt aus ver.di wünschen wir uns den gemeinsamen Einsatz für eine andere Tarifpolitik.

Den Schwung und die Stärke, die wir in den Warnstreiks gespürt haben, wollen wir mitnehmen in den Aufbau unserer Betriebsgruppe. Wir wollen den Organisationsgrad deutlich erhöhen und innerbetrieblich aktiver werden.

Beschlossen am 16. April 2012

Kontakt:

ver.di-Betriebsgruppe Werkstatt Bremen
Fachbereich 03
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

betriebsgruppe.verdi@gmail.com

<http://www.facebook.com/verdibetriebsgruppe>

